

WOCHENRÜCKBLICK



Aktuelle Videos



STEPHAN
BRANDNER

Konstituierung des Vermittlungsausschusses



Plenarsitzung und PGF-Dienst



STEPHAN
BRANDNER

Richterwahlausschuss



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick Plenum Mittwoch, 17.12.

In der **Regierungsbefragung** des Bundestages hat der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Markus Frohnmaier, den Kanzler gefragt, ob er im Rahmen der Sicherheitsgarantie deutsche Soldaten in die Ukraine entsenden will. Es gebe Fragen, die seien nicht so leicht, also mit Ja oder Nein, zu beantworten, entgegnete Merz.

Die „**Einwanderung in die Sozialsysteme**“ themisierte René Springer (AfD). Merz erklärte, das Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), in dem das Bürgergeld geregelt ist, werde nicht geändert, um den Zuzug von Ausländern zu begrenzen, sondern um die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Von den einen Million Menschen, die sich nach Darstellung Springers illegal in Deutschland aufhalten, sei nur ein kleiner Teil „vollziehbar ausreisepflichtig“, sagte der Kanzler, die übrigen hätten einen Duldungsstatus.

In der Aussprache zur **Regierungserklärung** warf AfD-Co-Fraktionschef Tino Chrupalla der Bundesregierung vor, mit Überlegungen zu einer multinationalen Truppe in der Ukraine „an der Eskalationsspirale in Europa“ zu drehen. „Es steht zu befürchten, dass Sie mit Ihrer Politik auf Sicht einen Spannungsfall initiieren oder initiieren wollen, um die Wehrdienstleistenden in der Ukraine einzusetzen“, sagte er in Richtung Merz.

Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgte am Mittwoch die **Fragestunde**. Die rheinland-pfälzische Abgeordnete Iris Nieland (AfD) wollte vom Bundesjustizministerium wissen, ob die Bundesregierung eine Änderung des Jugendgerichtsgesetzes dahingehend plant, dass bei besonders schweren Gewaltdelikten durch Jugendliche – etwa bei Messerangriffen – verstärkt Erwachsenenstrafrecht angewendet wird. Falls ja, sollte das Ministerium mitteilen, welche Änderung genau beabsichtigt wird.

Auf Antrag der Fraktion Die Linke hat der Bundestag in einer Aktuellen Stunde über die Vermögensverteilung in Deutschland debattiert. Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) hielt der Linksfaktion eine einseitige Sichtweise auf Armut vor: „Für Sie ist klar: Schuld an der Armut sind nur die Reichen.“ Doch das Problem sei „komplizierter: Armut hat viele Ursachen“. Wenn jeder zweite Euro beim Bürgergeld aktuell an „nichtdeutsche Bezieher“ gehe, handele es sich um „importierte Armut“ in Folge von unbegrenzter Migration.



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick Plenum Donnerstag, 18.12.

In erster Lesung hat der Bundestag am Donnerstagvormittag über die von der Bundesregierung geplante „Modernisierung des **Bundespolizeigesetzes**“ zur Erweiterung der Befugnisse der Bundespolizei beraten. Markus Matzgerath (AfD) sagte, seine Fraktion halte eine Neufassung des Bundespolizeigesetzes grundsätzlich für sinnvoll und setze sich für zeitgemäße Befugnisse für die Grenzschutzpolizei ein. Einige Regelungen seien jedoch nicht nachvollziehbar. So könne es nicht richtig sein, dass die Abfrage von Verkehrsdaten nicht grundsätzlich zur Verhinderung strafbarer Schleusungen zulässig sein soll, sondern nur bei „lebensgefährdenden Schleusungen“.

Die AfD beantragt einen **Untersuchungsausschuss**, der den Einfluss von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) überprüfen soll. Der Untersuchungsausschuss soll nach dem Willen der Fraktion vor allem personellen Überschneidungen und Verbindungen zwischen NGOs, Bundesministerien und Bundesbehörden nachspüren und herausfinden, inwieweit NGOs, die sich politisch betätigen, staatliche Förderung erhalten oder erhielten. **Stephan Brandner** sagte dazu: „Das Einzige, was die Alternative für Deutschland möchte, ist, einen Untersuchungsausschuss einzurichten, um die intransparenten Geldflüsse in sogenannte Nichtregierungsorganisationen - die sich nahezu ausschließlich aus Steuergeld, was von der Regierung bereitgestellt wird, finanzieren - aufzudecken. Wir wollen also mehr Klarheit, mehr Transparenz, mehr Wahrheit, und Sie sperren sich dagegen. Es gibt ja den Spruch: „Getroffene Hunde bellen.“ Was ich hier übertragen höre, ist ein Kläffen und Jaulen von Ihnen, weil Sie offenbar sehr viel zu verbergen haben.“

Der Bundestag hat den Einspruch des Abgeordneten Stephan **Brandner** (AfD) gegen einen ihm erteilten Ordnungsruf zurückgewiesen. Brandner erhielt den Ordnungsruf in der Plenarsitzung am Mittwoch, 17. Dezember, nachdem er sich aus Sicht des sitzungsleitenden Präsidenten Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) herabsetzend gegenüber einem anderen Mitglied des Hauses geäußert hatte. Für den Einspruch votierte die Fraktion der AfD, die übrigen Fraktionen des Hauses lehnten ihn ab.

Der Bundestag hat nach halbstündiger Debatte einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „**Rentnerarmut in Deutschland - Einführung eines 25-Prozent-Freibetrages in der Grundsicherung**“ mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen gegen die Stimmen der AfD abgelehnt. Die AfD forderte, die teilweise Anrechnungsfreistellung der Altersrenten der gesetzlichen Rentenversicherung bei der Einkommensanrechnung in der Grundsicherung neu zu regeln und dabei eine angemessene Anrechnungsfreistellung in Höhe von 25 Prozent der Renten festzulegen, mindestens aber einen Sockelbetrag von 100 Euro freizustellen. Das Gleiche sollte auch für die Erwerbsminderungsrenten gelten.



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick Plenum Freitag, 19.12.

Der Bundestag hat dem Kompromiss des **Vermittlungsausschusses** zum Pflegekompetenzgesetz zugestimmt. Für den Einigungsvorschlag zum Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege stimmten am Freitag die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von AfD und Bündnis 90/Die Grünen. Ursprünglich hatte der Bundestag das Gesetz am 6. November verabschiedet. Der Bundesrat hatte daraufhin den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat angerufen. **Stephan Brandner sagte in seiner Rede:** „ Wir haben in der Debatte hier im Deutschen Bundestag alternative Konzepte vorgelegt. Dazu gehören mit Steuergeld finanzierte befristete Zuschüsse zur gesetzlichen Krankenversicherung. Das wäre unser Ansatz, um Ordnung zu schaffen in diesem Wirrwarr, diesem Chaos in der Krankenhauspolitik, bestehend aus Sondervermögen, Transformationsfonds, Zuschüssen, Meistbegünstigungsklauseln, Darlehen und Investitionsfonds. Deshalb lehnen wir das Ergebnis des Vermittlungsausschusses ab und bitten Sie eindringlich: Kommen Sie auf uns zu! Wir arbeiten gerne mit Ihnen zusammen, auch im Sinne derjenigen, die in den gesetzlichen Krankenversicherungen zwangsversichert sind.“

Der Bundestag hat am Freitag einen Antrag der Linken mit dem Titel „**Steuerprivilegien** für höchste Erbschaften streichen“ abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen – Ausnahmen bei Erbschafts- und Immobilienbesteuerung abbauen und organisierte Steuerhinterziehung wie Cum/Cum bekämpfen“. Hauke Finger (AfD) warf den Antragstellern vor, **Substanzsteuern** erheben zu wollen. Das sei ungerecht, weil Haus, Auto und Vermögen bereits aus versteuertem Einkommen bezahlt worden seien. Das gelte auch für Erbschaften, die aus versteuertem Geld stammen würden. „Steuergerechtigkeit bedeutet, dass der Staat eben nicht doppelt und dreifach abkassiert“, sagte Finger.

Der Bundestag hat am Freitag fünf Anträge der AfD-Fraktion zum deutsch-amerikanischen Verhältnis erstmals beraten. Die Anträge tragen die Titel „**Die neue sicherheitspolitische Vision der USA als Chance wahrnehmen – Für eine neue transatlantische Partnerschaft**“, „Für einen Neubeginn in den deutsch-amerikanischen Beziehungen – Zusammen für Sicherheit, Stabilität und Frieden in der Ukraine“, „Zusammen mit den USA für nationale Selbstbestimmung, Souveränität und den Schutz der abendländischen Zivilisation eintreten – Woke Positionen international zurückdrängen“, „Rat und Friedensinitiative der USA folgen – Die erheblichen Risiken für Deutschland bei dem Umgang mit dem immunen und souveränen russischen Staatsvermögen erkennen“ und „Zölle durch positive Anreize für die USA senken“

Die AfD-Fraktion steht mit ihrer Forderung nach **Abschaffung des Digital Services Act (DSA) allein**. Das wurde während einer von der Fraktion beantragten Aktuellen Stunde mit dem Titel „Digital Services Act abschaffen – Keine Einschränkung der Meinungsfreiheit im digitalen Raum durch die EU“ deutlich. Ruben Rupp (AfD) verwies auf die gegen den Inhaber der Plattform X seitens der EU verhängte Strafzahlung von 120 Millionen Euro. Die angeführten Gründe dafür seien „ganz offensichtlich vorgeschenkt“, sagte er. „Bei der EU gilt wohl mittlerweile politische Strafjustiz statt Rechtsstaat.“ Es gehe nicht um Transparenz oder falsch gesetzte blaue Häkchen. „Mit dieser Strafe wollen Sie Plattformen angreifen, die für die Meinungsfreiheit stehen“, sagte Rupp. Wer linksradikale Narrative als Plattform nicht unterstützt, bekomme „Multimillionen-Strafen“. Das sei das Signal, was die EU senden wolle.



STEPHAN
BRANDNER

Jugend und Parlament

Jugend und Parlament - Bewirb dich jetzt!

6.-9. Juni 2026

Wenn du zwischen 17 und 20 Jahre alt bist und Interesse hast, am Planspiel „Jugend und Parlament“ im Jahr 2026 teilzunehmen, sende deine Bewerbung an stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD



STEPHAN
BRANDNER

Zuschuss zur Klassenfahrt



Zuschuss zu eurer
Klassenfahrt nach
Berlin:

Mehr Infos unter
stephan.brandner.ma03@bundestag.de

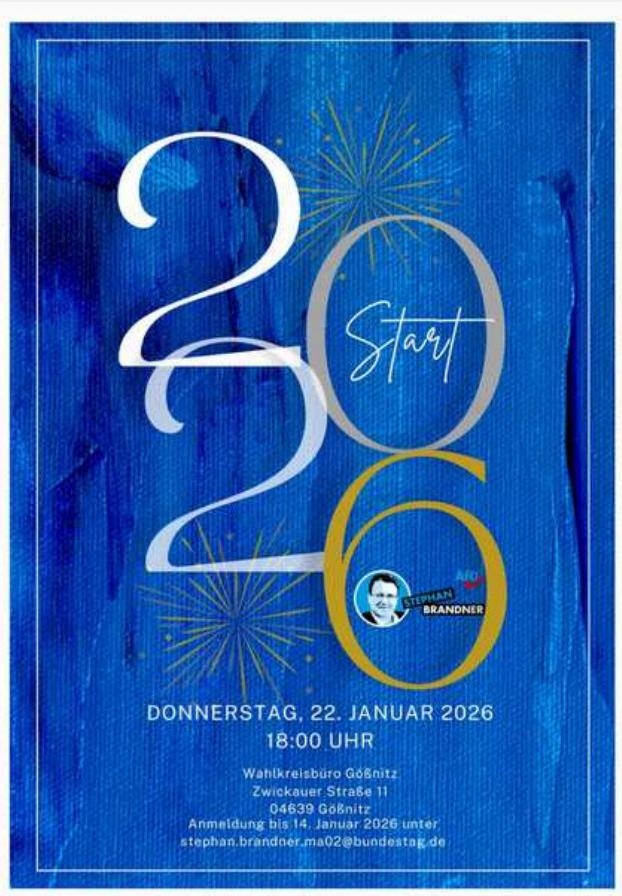
STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD



STEPHAN
BRANDNER

Unsere nächsten Termine: Start 2026



STEPHAN
BRANDNER

Und zum Schluss: Frohe Weihnachten

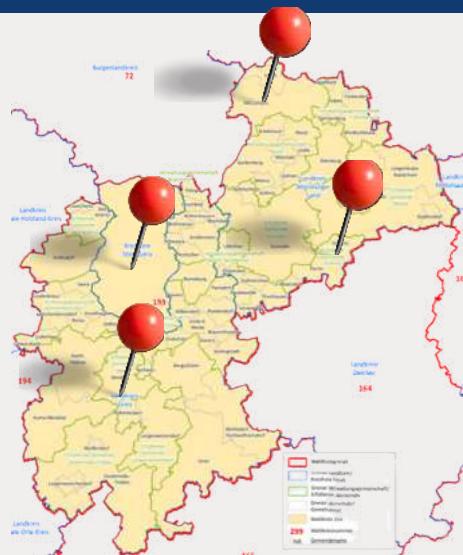


STEPHAN
BRANDNER

Wir sind für Sie da:

📍 Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
📞 Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
📠 Fax: 03 65 - 22 69 12 50
✉ kontakt@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
📞 Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
✉ goessnitz@brandner-im-
bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. und Fr. 10-17
Uhr



📍 Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
✉ meuselwitz@brandner-im-
bundestag.de
📅 Neu! ⏰ Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

📍 Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
✉ weida@brandner-im-bundestag.de
🕒 Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.
Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

- www.facebook.com/stBrandner
- www.instagram.com/stephanbrandner
- www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd
- t.me/StephanBrandnerMdB
- www.tiktok.com/@brandner_afd
- <https://twitter.com/BrandnerSt>

